FH-SF-01-074

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 74 bis 80:
Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis ~~und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.~~, sogenannte Identitäre sowie Extremisten jeglicher Art formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute populistische Szene in Deutschland, die
sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen und auch vor Gewalt nicht zurück schrecken. Die Zahl der politisch oder religiös motivierten Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir wollen durch gestärkte Polizei und Justiz Straftaten, insbesondere jene, welche auf Grund von Hass und Rassismus begangen werden, konsequent mit den bestehenden Gesetzen ahnden. Opfer von extremistischer Gewalt sollen besser als bisher betreut und unterstützt werden.

Begründung

Die Definition der Straftat sollte reichen zur konsequenten Ahndung. Es gibt auch Hass-Straftaten von Alternativen, bspw. sogenannte "Hausbesuche" von Linksextremisten, oder von Migranten oder Migrantinnen, letzteres vor allem im Bereicht des Antisemitismus, auch wenn das bei den Grünen manchmal verdrängt wird.

Außerdem sollte man nicht zwischen den Opfern verschiedener Rohheitsdelikte unterscheiden. Jedes Opfer ist gleich. Man sollte sich hier nicht auf rechts fokussieren.

Des weiteren: Auch wenn es verlockend ist, sollte über Abschiebungen nicht sachfremd entschieden werden. Und die Abschiebung auf Grund der Tatsache, dass jemand Opfer geworden ist, auszusetzen, ist sachfremd. Das ändert nichts an der Tatsache, dass erstens auch diese Opfer gut betreut werden sollen und zweitens an der Abschiebepraxis im Generellen etwas geändert werden muss.

Unterstützer*innen

Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Stefanie Seemann

(Pforzheim und Enzkreis KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Christian Zander (Tübingen KV); Cornelia Furtwängler (Biberach KV)